

Das zivilrichterliche Dezernat

Erläuterungen, Beispiele, Mustertexte

Bearbeitet von

Von Dr. Janko Büßer, Richter am Oberlandesgericht, und Dr. Martin Tonner, Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht

3. Auflage 2019. Buch. XXIII, 259 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 73007 8

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Büßer/Tonner
Das zivilrichterliche Dezernat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das zivilrichterliche Dezernat

von

Dr. Janko Büßer

Richter am Oberlandesgericht

und

Dr. Martin Tonner

Richter am Oberlandesgericht

3., vollständig überarbeitete Auflage 2019
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG





www.beck.de

ISBN 978 3 406 73007 8

© 2019 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckhaus Nomos,
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

In der vorliegenden Neuauflage haben wir neben Gesetzesänderungen und neuerer Rechtsprechung vor allem viele der zahlreichen Hinweise berücksichtigt, die uns zur zweiten Auflage erreicht haben und für die wir herzlich danken. Den Bitten um eine inhaltliche Erweiterung sind wir auch diesmal nur an wenigen Stellen nachgekommen, da sich an dem Charakter des Buches als Einstiegshilfe nichts ändern sollte.

Allein aus Gründen der besseren Lesbarkeit und sprachlichen Vereinfachung haben wir auch in dieser Auflage auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Form verzichtet.

Für Kritik und Anregungen sind wir weiterhin sehr dankbar.

Hamburg im Dezember 2018

*Janko Büßer
Martin Tonner*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Der Arbeitsalltag eines Zivilrichters besteht im Wesentlichen aus zwei Konstanten: der Gestaltung des Verfahrens und dem Abfassen von Entscheidungen. Wenn Sie erstmals als Beisitzer einer Zivilkammer am Landgericht eingesetzt werden bzw. den Vorsitz einer Zivilabteilung am Amtsgericht übernehmen, werden Sie sich vielleicht nicht auf sämtliche Anforderungen hinreichend vorbereitet fühlen, zumal diese Anforderungen stetig steigen: Das Recht wird internationaler und komplexer, Rechtsanwälte spezialisieren sich zunehmend auf bestimmte Rechtsgebiete und nicht zuletzt erhöht sich die Arbeitsbelastung. Unverändert bleibt die berechtigte Erwartung der Parteien auf schnelle und sachgerechte Erledigung des Rechtsstreits.

Dieses Buch soll Ihnen den Einstieg in Ihre Zivilrichtertätigkeit erleichtern und helfen, die nötige Sicherheit bei der Gestaltung der Verfahren und im Umgang mit dem Bestand Ihres Dezernats schnellstmöglich zu erlangen. Nach unserer Vorstellung soll diese Hilfe auf zwei Arten erfolgen: Zum einen können Sie sich einen Überblick über den Ablauf eines Zivilverfahrens und die jeweils anstehenden Arbeitsschritte verschaffen; zum anderen können Sie bei der täglichen Arbeit gezielt darauf zurückgreifen, wenn Sie in bestimmten Situationen Hinweise für die Verfahrensgestaltung oder die Formulierung von Verfügungen, Beschlüssen und Urteilen suchen.

Deshalb haben wir in erster Linie Wert auf die Darstellung der wichtigsten Abläufe und Formalien gelegt und nicht auf die „materielle“ Lösung prozessrechtlicher Probleme, für die Sie im Zweifel auf Kommentare zurückgreifen können. Dabei ist uns selbstverständlich bewusst, dass sich in vielen Konstellationen mehrere Vorgehensweisen, Formulierungen oder Gestaltungen anbieten und es häufig eine Frage der Erfahrung, Routine, manchmal auch der „regionalen Übung“ und nicht zuletzt des persönlichen Stils und Geschmacks ist, für welche Sie sich entscheiden.

Schließlich muss sich die Darstellung im Wesentlichen auf den gewöhnlichen Verfahrensverlauf, den „Standardprozess“, beschränken, der Sie in der täglichen Arbeit am häufigsten beschäftigen wird. Daneben kennt die Praxis der Zivilprozesse natürlich unzählige weitere Konstellationen, in denen der berühmte Blick in das Gesetz nicht genügt, deren Behandlung aber den Rahmen dieses Buches sprengen würde. Wir sind uns jedoch sicher, dass Sie hierfür und für alle weiteren Fragen jederzeit auf die Hilfsbereitschaft der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Umfeld zurückgreifen können.

Sollten Sie Kritik äußern wollen oder Anregungen haben, bitten wir Sie um eine Nachricht an: info@zivilrichter.net.

Hamburg im Juli 2010

*Janko Büßer
Martin Tonner*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Kapitel Allgemeines

§ 1. Organisation des Zivilverfahrens an Ihrem Gericht	1
I. Geschäftsverteilungsplan	1
1. Geschäftsverteilungsplan des Gerichts	1
2. Kammerinterner Geschäftsverteilungsplan	1
II. Ihre Geschäftsstelle	1
§ 2. Ihr Arbeitsalltag	2
I. Aktenbestand	2
II. Dekretur/Verfügungen	3
1. Dekretur	3
2. Verfügungen	3
III. Tipps	4

2. Kapitel Die Dezernatsarbeit

§ 3. Typische Verfügungen, Entscheidungen und Arbeitsschritte	7
I. Übermittlung von Schriftstücken	7
1. Adressat	7
2. Form der Übermittlung	7
a) Zustellung	8
b) Formlose Mitteilung	8
3. Schriftsätze und gerichtliche Schriftstücke	8
a) Gerichtliche Schriftstücke	8
b) Schriftsätze	8
4. Öffentliche Zustellung	9
a) Voraussetzungen	9
b) Entscheidung	9
5. Wirksamkeit der Zustellung	10
a) Tatsächlicher Zugang des Schriftstücks	10
b) Förmlicher Nachweis der Zustellung	10
c) Ordnungsgemäße Ausführung der Zustellung	10
d) Fristberechnung	11
II. Entscheidung über Fristverlängerung	12
1. Antrag	12
2. Verfahren	12
3. Inhaltliche Prüfung	12
a) Möglichkeit der Fristverlängerung	12
b) Rechtzeitigkeit des Antrags	12
c) Begründetheit des Antrags	13
4. Entscheidung	13
III. Prozessstillstand durch Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	13

1. Unterbrechung	13
a) Verfahren	13
b) Unterbrechungsgründe im Einzelnen	14
2. Aussetzung	16
a) Aussetzung auf Antrag	16
b) Aussetzung von Amts wegen	16
c) Beschluss	17
d) Wirkung	17
3. Ruhen des Verfahrens	17
IV. Einbeziehung Dritter in den Prozess	18
1. Widerklage	18
a) Zulässigkeit der Widerklage	18
b) Zustellung	19
c) Entscheidung	19
d) Besonderheiten bei Drittewiderklagen	19
e) Zwischenfeststellungswiderklage	21
2. Gewillkürter Parteiwechsel in erster Instanz	21
a) Klägerwechsel und -beitritt	21
b) Parteierweiterung auf Beklagtenseite	21
c) Beklagtenwechsel	22
d) Berichtigung des Passivrubrums	22
3. Streitverkündung im Vorprozess	22
a) Zustellung	22
b) Reaktion des Dritten	23
V. Streitwertermittlung und -festsetzung	23
1. Maßgebliche Streitwerte	23
a) Zuständigkeitsstreitwert	23
b) Kostenstreitwert	24
c) Rechtsmittelstreitwert	24
2. Ermittlung von Zuständigkeits- und Kostenstreitwert	24
a) Darlegung durch den Kläger	24
b) Gemeinsamkeiten in den Grundkonstellationen	24
c) Unterschiede in besonderen Konstellationen	25
3. Streitwertfestsetzung	26
a) Vorläufige Festsetzung	26
b) Endgültige Festsetzung	26
VI. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	27
1. Adressat des Ablehnungsantrags	27
a) Wartepflicht	27
b) Dienstliche Äußerung	28
c) Abgabe	28
2. Entscheidung über einen Ablehnungsantrag	28
a) Zuständigkeit	28
b) Rechtliches Gehör	28
c) Entscheidung	29
d) Sofortige Beschwerde	29
3. Übernahme eines Verfahrens von einem abgelehnten Kollegen	30
VII. Akteneinsichtsgesuch	30
1. Parteien	30
2. Dritte	30
VIII. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	31
1. Verfahren	31
2. Entscheidung	31
IX. Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter bzw. die Zivilkammer	31

1. Originärer und obligatorischer Einzelrichter	32
a) Richter auf Probe	32
b) Spezialkammer	32
2. Übertragung auf den Einzelrichter	32
3. Übertragung auf die Kammer	32
4. Berichterstattung in Kammersachen	32
X. Gültige Beilegung des Rechtsstreits	33
1. Güteverhandlung	33
2. Vergleichsbeschluss (§ 278 VI ZPO)	33
a) Vergleichsvorschlag	33
b) Beschluss	34
3. Verweisung vor den Güterichter (§ 278 V ZPO)	35
4. Außergerichtliche Konfliktbeilegung (§ 278a ZPO)	35
5. Streit über die Wirksamkeit eines Vergleichs	36
§ 4. Richterliche Hinweispflichten	36
I. Allgemeines	36
1. Sinn und Zweck	36
2. Adressat der Hinweise	37
3. Zeitpunkt der Hinweise	37
4. Umfang der Hinweise	38
5. Dokumentation	38
6. Grenzen der Hinweispflicht	38
7. Folgen der Verletzung der Hinweispflicht	39
II. Gegenstand der Hinweise	39
1. Zulässigkeitsbedenken	40
2. Sachanträge	40
3. Sachvortrag	40
4. Beweismittel	40
5. Verbot von Überraschungentscheidungen	40
§ 5. Erste Arbeitsschritte nach Eingang der Klage	41
I. Eingang der Sachen bei Gericht	41
II. Prüfung Ihrer gerichtsinternen Zuständigkeit	42
1. Zuständigkeit Ihrer Abteilung/Kammer	42
2. Kammerinterne Zuständigkeit	42
3. Sachzusammenhang	42
III. Die formalen Voraussetzungen der Zustellung	43
1. Gerichtskostenvorschuss	43
2. Notwendiger Inhalt der Klageschrift	44
3. Beglaubigte Abschriften	45
IV. Wahl der Verfahrensart und Zustellung der Klageschrift	45
1. Vorbereitung des Haupttermins	45
a) Wahl der Verfahrensart	45
b) Hinweise und Auflagen an die Parteien	47
c) Schriftlicher Vergleichsvorschlag	48
2. Ausführung der Zustellung	48
3. Wiedervorlagefrist	48
4. Unterschrift	48
5. Beispielsverfügungen	48
a) Früher erster Termin	48
b) Schriftliches Vorverfahren	49

§ 6. Der Fortgang des Verfahrens	49
I. Zustellungsproblem	49
II. Schriftlicher Vergleich	50
III. Weiterer Verlauf bei Anberaumung eines frühen ersten Termins	50
1. Reaktionen der Parteien	50
a) Anträge auf Fristverlängerung oder Terminsverlegung	50
b) Reaktionen des Klägers	50
c) Reaktionen des Beklagten	52
2. Durchführung des Termins	54
IV. Weiterer Verlauf bei Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	54
1. Reaktionen der Parteien	54
a) Fristverlängerungsantrag	54
b) Reaktionen des Klägers	54
c) Reaktionen des Beklagten	54
2. Sitzungs- und Verkündungstermin	55
§ 7. Prozessverlauf nach Mahnverfahren	55
I. Widerspruch gegen einen Mahnbescheid	56
1. Der Weg der Akte	56
2. Verfahrensablauf	56
a) Anspruchsbegründung geht nicht ein	56
b) Anspruchsbegründung geht ein	56
3. Die Entscheidung	56
4. Besonderheiten	57
a) Rücknahme des Antrags auf Durchführung des streitigen Verfahrens	57
b) Rücknahme des Widerspruchs	57
II. Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid	57
1. Der Weg der Akte	57
2. Unzulässigkeit des Einspruchs	57
a) Hinweis	58
b) Entscheidung	58
3. Zulässigkeit des Einspruchs	58
a) Anspruchsbegründung liegt nicht vor	58
b) Anspruchsbegründung liegt vor	59
4. Säumnis des Beklagten im Einspruchstermin	59
5. Die Entscheidung	59
4. Kapitel Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweisaufnahme, Verkündungstermin	
§ 8. Güteverhandlung und mündliche Verhandlung	61
I. Die Anberaumung des Termins	61
1. Gestaltung des Sitzungstages	61
2. Ladung	61
a) Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweistermin	61
b) Termin	62
c) Beteiligte	62
d) Weitere vorbereitende Anordnungen	63
e) Wiedervorlagefrist	63
f) Beispielsverfügung	63
3. Verfügungen vor dem Termin	64
a) Terminsaufhebung und -verlegung	64
b) Entbindung vom persönlichen Erscheinen	64
II. Vorbereitung des Termins	65

1. Hospitation	65
2. Kleidung	65
3. Inhaltliche Vorbereitung	65
4. Protokollierung	66
5. Vorbereitung am Terminstag	66
III. Umgang mit den Beteiligten	66
1. Allgemeine Tipps	66
2. „Sitzungspolizei“	67
IV. Ablauf des Termins	68
1. Beginn	68
a) Anwesenheit	68
b) Dolmetscherbeeidigung	69
c) Übergabe von Schriftstücken	69
2. Güteverhandlung	69
a) Einführung in den Sach- und Streitstand	69
b) Anhörung	70
c) Vergleichsgespräche	70
3. Mündliche Verhandlung	72
a) Sachanträge	72
b) Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	73
c) Hinweise	74
d) Anträge auf Protokollierung (§ 160 IV ZPO)	74
4. Beweisaufnahme	74
5. Schluss der mündlichen Verhandlung	74
a) Entscheidung des Rechtsstreits	75
b) Prozessleitende Anordnungen	76
6. Abschluss des Protokolls	78
§ 9. Beweisaufnahme	79
I. Grundsätzliches	79
1. Ziel der Beweisaufnahme: Gewinnung der richterlichen Überzeugung	79
2. Gegenstand der Beweiserhebung	80
3. Beweisarten	80
a) Strengbeweis	80
b) Freibeweis	80
c) Glaubhaftmachung	81
4. Darlegungs- und Beweislast	81
a) Begriffe	81
b) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	83
c) Beweiserleichterungen	86
II. Die Entscheidung über die Beweiserhebung	88
1. Entscheidungserheblichkeit und Beweisbedürftigkeit	88
a) Entscheidungserheblichkeit	88
b) Beweisbedürftigkeit	89
c) Umgang mit Hauptbeweis und Gegenbeweis	90
d) Beweisverwertungsverbote	91
2. Hinreichender Beweisantritt	91
a) Form des Beweisantritts	91
b) Inhalt des Beweisantritts	91
c) Zurücknahme von Beweisanträgen	95
3. Ablehnung der Beweiserhebung	95
a) Ablehnungsgründe	95
b) Verfahren	96
4. Beweisbeschluss und formlose Beweisanordnung	96
a) Beweisbeschluss	96
b) Formlose Beweisanordnung	97

5. Ladung zum Beweisaufnahmetermin	97
III. Durchführung der Beweisaufnahme	99
1. Allgemeines zur Beweisaufnahme	99
a) Grundsatz der Unmittelbarkeit und Grundsatz der Parteiöffentlichkeit	99
b) Ablauf des Beweisaufnahmetermins und anschließende Erörterung ..	99
2. Die einzelnen Beweismittel	100
a) Beweis durch Augenschein, insbesondere Ortstermin	100
b) Zeugenbeweis	101
c) Beweis durch Sachverständige	105
d) Beweis durch Urkunden	108
e) Beweis durch Parteivernehmung	108
IV. Der Umgang mit dem Beweisergebnis	110
1. Ergiebigkeit	110
2. Beweiswürdigung	110
a) Grundsätzliches zur Beweiswürdigung	110
b) Maßstab der Überzeugungsbildung	110
3. Darstellung der Beweiswürdigung im Urteil	111
a) Allgemeines	111
b) Aufbauvarianten	112
c) Beweiswürdigung bei einzelnen Beweismitteln und in besonderen Konstellationen	113
§ 10. Verkündungstermin, Wiedereröffnung	117
I. Korrektur und Berichtigung des Protokolls	117
II. Verkündungstermin	118
1. Urteilsverkündung	118
2. Verlegung des Verkündungstermins	118
III. Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	119
1. Wiedereröffnungsgründe	119
2. Zeitpunkt und Form	119
3. Schriftliches Verfahren, § 128 II ZPO	119
5. Kapitel	
Urteil, Erledigung, Klagerücknahme	
§ 11. Das Urteil	121
I. Gesetzlicher Rahmen	121
II. Urteilsarten	121
1. Bezeichnung des Urteils	122
2. Kombinationen	123
III. Auffassung des Urteils	123
1. Aufbau des Urteils	123
2. Rubrum	123
3. Tenorierung	124
a) Hauptsache	125
b) Kosten	125
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit	127
d) Besondere Konstellationen	130
4. Tatbestand	134
a) Allgemeines	134
b) Besondere Konstellationen	136
5. Entscheidungsgründe	137
a) Allgemeines	137
b) Besondere Umstände	140
6. Rechtsbehelfsbelehrung	140

7. Unterschriften	141
8. Weitere mögliche Bestandteile des Urteils	141
a) Streitwertfestsetzung	141
b) Berufungszulassung	142
IV. Urteile in besonderen Konstellationen	142
1. Anerkenntnisurteil	142
a) Tenor	142
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	144
2. Versäumnisurteil	144
3. Teil- und Schlussurteil	144
a) Teilurteil	144
b) Schlussurteil	145
4. Grundurteile	145
a) Tenor	145
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	145
c) Betragsverfahren	146
5. Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Klage	146
a) Tenor	146
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	147
c) Hauptsacheverfahren	147
6. Vorbehaltssurteil	147
a) Tenor	147
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	149
7. Verzichtsurteil	149
a) Tenor	150
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	150
8. Urteil nach Mahnverfahren	150
a) Tenor	150
b) Tatbestand	151
c) Entscheidungsgründe	152
9. Klageänderung und teilweise Klagerücknahme	152
a) Tenor	152
b) Tatbestand	152
c) Entscheidungsgründe	153
10. Klage und Widerklage	153
a) Tenor	153
b) Tatbestand	154
c) Entscheidungsgründe	155
11. Prozessaufrechnung	156
a) Tenor	156
b) Tatbestand	156
c) Entscheidungsgründe	156
12. Mehrheit von Streitgegenständen	156
a) Objektive Klagehäufung	156
b) Stufenklage	157
c) Eventualklagehäufung (Haupt- und Hilfsantrag)	158
13. Mehrheit von Parteien oder Beteiligten	159
a) Gewillkürter Parteiwechsel	159
b) Streitgenossenschaft	160
c) Streithelfer	162
d) Streitverkündung	163
14. Prozessvergleich	164
15. Urteil im einstweiligen Rechtsschutz	164
16. Berufungsurteil	164
17. Urteile im Rahmen der Zwangsvollstreckung	164

V. Berichtigung und Ergänzung des Urteils	165
1. Berichtigung des Urteils nach § 319 ZPO	165
2. Berichtigung des Tatbestands nach § 320 ZPO	166
3. Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO	167
a) Verfahren	167
b) Umfang	168
§ 12. Die Erledigung des Rechtsstreits	169
I. Übereinstimmende Erledigungserklärungen	169
1. Vollständige Erledigungserklärungen	169
a) Verfahren	169
b) Fertigung des Beschlusses	170
2. Teilweise Erledigungserklärungen	171
II. Einseitige Erledigungserklärung	171
1. Vollständige Erledigungserklärung	171
2. Teilweise Erledigungserklärung	172
§ 13. Die Klagerücknahme	173
I. Rücknahme vor mündlicher Verhandlung des Beklagten	173
II. Rücknahme nach mündlicher Verhandlung des Beklagten	174
1. Einwilligung liegt vor	174
2. Einwilligung liegt nicht vor	175

6. Kapitel Besondere Verfahren

§ 14. Säumnisverfahren	177
I. Säumnis einer Partei in der mündlichen Verhandlung	177
1. Erlass eines Versäumnisurteils	177
a) Formale Voraussetzungen	177
b) Materielle Voraussetzungen	178
2. Entscheidung nach Lage der Akten	179
II. Säumnis beider Parteien in der mündlichen Verhandlung	180
III. Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	180
IV. Einspruchsverfahren	181
1. Unzulässigkeit des Einspruchs	181
2. Einspruchstermin	182
3. Die Entscheidung	182
a) Tenor	182
b) Tatbestand	183
c) Entscheidungsgründe	184
§ 15. (Isoliertes) Prozesskostenhilfeverfahren	184
I. Voraussetzungen des § 114 ZPO	184
II. Verfahren	185
1. Hinweise und Auflagen für den Antragsteller	185
2. Rechtliches Gehör	185
3. Beispielsverfügung	185
4. PKH-Prüftermin	185
III. Verweisung	186
IV. Entscheidung über den PKH-Antrag	186
1. Grundsätze	186
2. Bewilligung	186
a) Beiordnung eines Rechtsanwalts	186
b) Beschluss	187
c) Verfügung	187
d) Folgen der Bewilligung für das Verfahren	187
3. Versagung	188

V. Sofortige Beschwerde	188
1. Gegen Bewilligung ohne Ratenzahlung	188
2. Gegen Bewilligung mit Ratenzahlung und Versagung	188
VI. PKH-Antrag des Beklagten	189
§ 16. Vereinfachtes Verfahren gemäß § 495a ZPO	190
I. Anwendbarkeit	190
II. Verfahrenserleichterungen	191
III. Entscheidungen	192
IV. Rechtsmittel: Gehörsrüge	192
§ 17. Selbstständiges Beweisverfahren	192
I. Allgemeines	193
II. Verfahren	193
1. Einleitung des Verfahrens	193
a) Beweisantrag	194
b) Zuständigkeit	194
c) Rechtliches Gehör	194
2. Entscheidung	195
3. Durchführung der Beweisaufnahme	195
III. Abschluss und Wirkung des Verfahrens	196
§ 18. Urkunden- und Wechselprozess	198
I. Allgemeines	198
II. Vorverfahren	198
III. Nachverfahren	200
IV. Besonderheiten des Wechsel- und Scheckprozesses	201
§ 19. Einstweiliger Rechtsschutz	202
I. Allgemeines	202
II. Arrest	202
1. Verfahren nach Eingang eines Arrestantrags	202
a) Erlass des Arrests	202
b) Verfahren bei Nichterlass des Arrests	204
2. Verfahren nach Widerspruch	205
a) Verfahrensablauf	205
b) Urteil nach Widerspruch	205
III. Einstweilige Verfügung	206
1. Vorgehensweise nach Eingang eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	207
a) Erste Arbeitsschritte	207
b) Rechtliche Prüfung	208
c) Entscheidung über das weitere Vorgehen	208
2. Verfahren nach Eingang eines Widerspruchs	211
a) Anberaumung der mündlichen Verhandlung	211
b) Entscheidung durch Urteil	211
3. Weitere Schritte nach Erlass oder Bestätigung der einstweiligen Verfügung	212
a) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	212
b) Anordnung der Klageerhebung	212
c) Aufhebung wegen veränderter Umstände	213
4. Bestrafungsverfahren	213
§ 20. Das Berufungsverfahren	215
I. Vorlage der Akte beim Richter	215
1. Eingang der Berufungsbegründung	215

2. Fristverlängerungsantrag	215
3. Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	216
II. „Vorprüfung“	216
III. Zulässigkeitsprüfung	216
1. Statthaftigkeit	216
a) Berufungsgegenstand	216
b) Wert des Beschwerdegegenstands	217
c) Zulassung der Berufung	217
2. Zuständigkeit	217
3. Form und Inhalt	217
4. Frist	218
a) Berufungsfrist	218
b) Berufungsbegründungsfrist	219
5. Entscheidung bei Unzulässigkeit	219
a) Hinweis	219
b) Entscheidung	220
IV. Prüfung der Erfolgsaussichten der Berufung	221
1. Gegenstand des Berufungsverfahrens	221
a) Streitgegenstand und Anträge, § 528 ZPO	221
b) Neue Ansprüche	221
2. Berufungsgrund: Rechtsverletzung, § 513 I Alt. 1 ZPO	222
3. Berufungsgrund: Fehler in der Tatsachenfeststellung, § 513 I Alt. 2 ZPO	222
a) Bindung an den festgestellten Parteivortrag	222
b) Berücksichtigung zu Unrecht zurückgewiesener Angriffs- und Verteidigungsmittel	223
c) Berücksichtigung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel	223
d) Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz	225
4. Besonderheiten	226
a) Unzuständigkeit des Amtsgerichts	226
b) Zweites Versäumnisurteil	226
V. Zurückweisung der Berufung nach § 522 II ZPO	227
1. Keine Erfolgsaussichten	227
2. Weitere Zurückweisungsvoraussetzungen nach Satz 1	227
a) Keine grundsätzliche Bedeutung	227
b) Kein Berufungsurteil erforderlich	227
c) Keine mündliche Verhandlung geboten	227
3. Hinweis	228
4. Entscheidung	228
a) Zurückweisung durch Beschluss	228
b) Fortgang des Verfahrens	230
VI. Anberaumung eines Berufungstermins	230
1. Übertragung auf den Einzelrichter	230
2. Terminierung	230
VII. Durchführung des Termins	230
VIII. Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	231
1. Berufungsrücknahme	231
2. Klagerücknahme	231
3. Klageverzicht	231
4. Anerkenntnis	232
5. Vergleich	232
IX. Beendigung des Verfahrens durch streitiges Berufungsurteil	232
1. Tenor	232
a) Verwerfung der unzulässigen Berufung	232
b) Zurückweisung der unbegründeten Berufung	232

c) Abänderung des angefochtenen Urteils	233
d) Teilweise Abänderung des angefochtenen Urteils	233
e) Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung	233
f) Zulassung der Revision	234
2. Bezugnahme auf den Tatbestand	234
3. Entscheidungsgründe	235
4. Verkündung	235
X. Anschlussberufung	235
XI. Prozesskostenhilfe	236
1. PKH-Antrag des Berufungsklägers	236
2. PKH-Antrag des Berufungsbeklagten	237
§ 21. Sofortige Beschwerde	237
I. Sofortige Beschwerde gegen Ihren Beschluss	238
1. Abhilfe	238
2. Verwerfung	238
3. Nichtabhilfe	238
II. Entscheidung über eine sofortige Beschwerde	239
1. Vorprüfung	239
a) Zuständigkeit	239
b) Einholung des Nichtabhilfebeschlusses	239
2. Zulässigkeit der Beschwerde	239
a) Statthaftigkeit	239
b) Beschwerdefrist	240
c) Form der Beschwerde	241
3. Begründetheit der Beschwerde	241
4. Entscheidung über die Beschwerde	241
a) Unzulässigkeit	241
b) Unbegründetheit	241
c) Begründetheit	241
5. Rücknahme der sofortigen Beschwerde	242
§ 22. Gehörsrüge	242
I. Zulässigkeit der Gehörsrüge	242
1. Statthaftigkeit	242
2. Form	243
3. Frist	243
II. Begründetheit der Gehörsrüge	243
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	243
2. Entscheidungserheblichkeit	243
III. Anhörung des Gegners	244
IV. Entscheidung über die Gehörsrüge	244
1. Unzulässigkeit	244
2. Unbegründetheit	244
3. Begründetheit	244
§ 23. Verzögerungsrüge	245
Stichwortverzeichnis	247